

## **Linke Polemik und das auf Staatskosten? - Nein danke! Staatliche Förderungen endlich auf neutralen Boden setzen**

### **Antragstext:**

Die Debatten um durch Bundesmittel unterstützte zivilgesellschaftliche Akteure wie „Omas gegen rechts“, die offen zu parteipolitischen Demonstrationen aufrufen, zeigt: Es braucht klare Regeln für die Vergabe staatlicher Mittel. Wenn politische Regierungen entscheiden, wer gefördert wird, droht die Missachtung des Gebots staatlicher Neutralität. Ein solches Vorgehen untergräbt das Vertrauen in die Unparteilichkeit staatlichen Handelns, gefährdet die Chancengleichheit der Parteien und befeuert den Vorwurf der Vetternwirtschaft innerhalb des etablierten Parteienspektrums.

### **1. Privat vor Staat – auch in der Zivilgesellschaft**

Statt staatlicher Bevormundung setzen wir auf die Entscheidungskraft der Bürger: Spenden an zivilgesellschaftliche Organisationen sollen bis zu einem festgelegten Freibetrag zu 100 % steuerlich absetzbar sein. Damit wird das Förderprinzip vom Staat auf die Zivilgesellschaft übertragen – dezentral, pluralistisch und eigenverantwortlich. Jeder kann selbst entscheiden, welche Organisation er für unterstützenswert hält. So stärken wir die Spendenkultur, schaffen faire Wettbewerbsbedingungen und entpolitisieren die Mittelvergabe.

### **2. Parteipolitische Unabhängigkeit staatlicher Förderung gewährleisten**

Die Jungen Liberalen Lichtenberg Marzahn-Hellersdorf setzen sich dafür ein, auf Bundes- und Landesebene vorübergehend noch notwendige staatliche Förderungen durch unabhängige Stellen zu vergeben. Ähnlich wie im Falle des Rundfunkrats sollen diese über die Vergabe staatlicher Fördermittel an zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs), Vereine und sonstige politische Akteure unabhängig und neutral entscheiden. Diese Stellen dürfen in Zukunft nur auf Grundlage transparenter, sachlicher und parteipolitisch neutraler Kriterien Förderungen vergeben.

### **3. Transparenzpflicht für NGO's**

Förderung durch Staatsgelder meint auch Verpflichtung gegenüber dem deutschen Volk. Nichtregierungsorganisation, die einen wesentlichen Teil ihrer Finanzierung aus staatlichen Mitteln begründen, müssen sich im Gegenzug dem Gebot parteipolitischer Neutralität verpflichten. Außerdem fordern wir die Schaffung einer gesetzlichen Kennzeichnungspflicht der NGO's, um für Transparenz bei jeglicher staatlichen Förderung ihres öffentlichen Auftritts zu sorgen.

### **4. Transparenz in der Stiftungsförderung**

Einen anderen Umgang bedarf es auch im Hinblick auf die Förderungen der politischen Stiftungen. Diese haben sich zwar als Institute zur notwendigen Nachwuchsförderung für die politischen Parteien bewährt, aber auch hier ist die Förderungspraxis intransparent. Daher fordern wir auch für diese klare gesetzliche Grundlagen, um die bisherige Förderpraxis der Bundes- und Landeshaushalte auf öffentlich nachvollziehbaren, weltanschaulich sowie politisch neutralen und transparenten Boden zu setzen.

### **Begründung:**

mündlich